

Pressemitteilung

16. Februar 2026

Kommunen und Land Hand in Hand

Pakt für Musikschulen untermauert das gesellschaftliche Erfordernis für eine umfassende Bildungsstruktur in Hessen

Am Freitag, den 13. Februar 2026 trafen der Vorsitzende der hessischen Landtagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, Mathias Wagner und der Landesvorsitzende des Verbandes deutscher Musikschulen Hessen (VdM Hessen), Michael Eberhardt in der Musikschule Marburg mit der dortigen Vorsitzenden des Trägervereins, Frau Katrin Hensel und Musikschulleiter Eugen Anderer zum Informationsaustausch zusammen. Ausgangspunkt war die gemeinsame Verantwortung von Kommunen und Land für die dauerhafte Gewährleistung der Teilhabegerechtigkeit an musikalischer Bildung im Rahmen des aktuell bestehenden Paktes für Musikschulen. Hierbei kommt dem bevorstehenden Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen in Hessen ab dem kommenden Schuljahr eine besondere Rolle zu.

In der Marburger Musikschule unterrichten 58 Musikehrkräfte rund 2500 Schülerinnen und Schüler. Davon werden etwa 1000 in 17 Kindertagesstätten und Schulkooperationen erreicht. „Es ist absolut wichtig, dass alle Teile des Landkreises mit musikalischer Bildung durch öffentliche Musikschulen versorgt werden“, hob Eugen Anderer hervor, „wobei etwa 300 dieser Schülerinnen und Schüler indes aus umliegenden Gemeinden des Landkreises Marburg/Biedenkopf kommen. Hierzu planen wir regelmäßig Lehrkräfte nach Biedenkopf zu entsenden, die dort in den allgemeinbildenden Schulen unterrichten sollen. Dadurch werden

erhebliche Fahrtkosten anfallen, die wir als Musikschule mitfinanzieren. Deshalb benötigen wir hierfür eine deutliche höhere Mitfinanzierung des Landkreises.“

Die Marburger Musikschule erweist sich somit als unersetzlicher Teil einer umfassenden Bildungsinfrastruktur, die in der Kooperation zwischen Musikschulen und allgemeinbildenden Schulen ihren praktischen Ausdruck findet. *„Bereits heute bestehen hessenweit hunderte von Kooperationsprojekten – von Team-Teaching über Klassenmusizieren bis hin zu räumlichen Partnerschaften. Programme wie ZusammenSpiel Musik‘ zeigen, dass nachhaltige Kooperationen gelingen können, wenn sie strukturell abgesichert und nicht nur projektbezogen gefördert werden. Auf diese Weise leisten öffentliche Musikschulen einen zentralen Beitrag zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen und musikalische Bildung für alle“,* erklärt Michael Eberhardt.

Mit dem Ausbau des Ganztagsangebots wächst die Verantwortung, von Anbeginn kulturelle Bildung strukturell mitzudenken. Die öffentlichen Musikschulen sehen dabei allerdings die Gefahr, dass insbesondere die Instrumental- und Vokalausbildung unter Druck gerät, wenn Kinder durch lange Schulzeiten faktisch keine Möglichkeit mehr haben, regulären Musikschulunterricht wahrzunehmen. Deshalb betonten die Vertretenden der Musikschulen die Notwendigkeit einer engen Verzahnung zwischen öffentlichen Musikschulen und allgemeinbildenden Schulen. Modelle zur Rhythmisierung des Schulalltags liegen seit Jahren vor: Sie sehen vor, Zeitfenster für kulturelle Bildung verbindlich in den Vormittag zu integrieren – etwa durch „auf Band gelegte“ Unterrichtsphasen in der zweiten oder vierten Stunde. Dafür könnte regulärer Unterricht teilweise in den Nachmittag verlagert werden. Ein solcher strukturierter Ansatz würde nicht nur musikalische Bildung sichern, sondern zugleich das Unterrichtsgeschehen insgesamt entzerren und den Schulalltag kindgerechter gestalten.

Beim Pakt für Musikschulen haben sich das Land Hessen und die Kommunen indes auf den Weg einer gemeinsamen verlässlichen Finanzierungsstruktur gemacht. Bis zum Jahr 2031 will hierbei das Land 12,5 % der Gesamtkosten der öffentlichen Musikschulen übernehmen, sofern die Kommunen ihren Anteil auf 35 % erhöhen. Dadurch wird perspektivisch eine deutliche Entlastung der Familien sowie eine tarifgerechte Bezahlung der Lehrkräfte ermöglicht.

Insbesondere im Hinblick auf die Kommunen richtet Michael Eberhardt seine Bitte an den Fraktionsvorsitzenden der hessischen Grünen, Mathias Wagner, die entsprechenden

verantwortlichen Personen in den hessischen Städten Gemeinden und Landkreisen für das Thema der kommunalen Mitfinanzierung sensibilisieren und sich vor Ort für diesen wesentlichen Teil der Umsetzung der des Paktes für Musikschulen einzusetzen. Wagner unterstrich in diesem Zusammenhang: *„Musikschulen sind keine beliebige freiwillige Zusatzleistung, sondern Teil des Bildungswesens. Wer Ganztage qualitativ gestalten will, muss daher musikalische Bildung strukturell stets mitdenken. Deshalb dürfen Ganztage und Musikschule auch kein Gegeneinander sein. Vielmehr kann Hessen mit klarer Finanzierung und struktureller Einbindung bundesweit Modellcharakter erreichen.“*

Unter dem gemeinsamen Dach des VdM Hessen leisten die öffentlichen Musikschulen mit 115.000 Schülerinnen und Schülern und rund 30.000 Jahreswochenstunden Unterricht einen zentralen Beitrag zur kulturellen Bildungslandschaft. Gleichzeitig bestehen bei der kommunalen Förderung noch erhebliche Unterschiede: Ein Großteil der Einrichtungen liegt deutlich unter dem angestrebten Finanzierungsanteil. Bislang bilden die hessischen Kommunen im Bundesvergleich bei der Musikschulförderung weiterhin das absolute Schlusslicht!

Weitere Informationen:

Verband deutscher Musikschulen, Landesverband Hessen e.V.

Dr. Hans-Joachim Rieß (Landesgeschäftsführer)

Rheinstraße 111

65185 Wiesbaden

Fon.: (0611) 341 868 60

Fax.: (0611) 341 868 66

E-Mail: buero@musikschulen-hessen.de

Internet : www.musikschulenhessen.de